

Landwirtschaft im Kreuzfeuer : was soll ein Bauer kosten? [Fortsetzung folgt]

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - (1987)

Heft 3

PDF erstellt am: **24.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-937796>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was soll ein Bauer kosten?

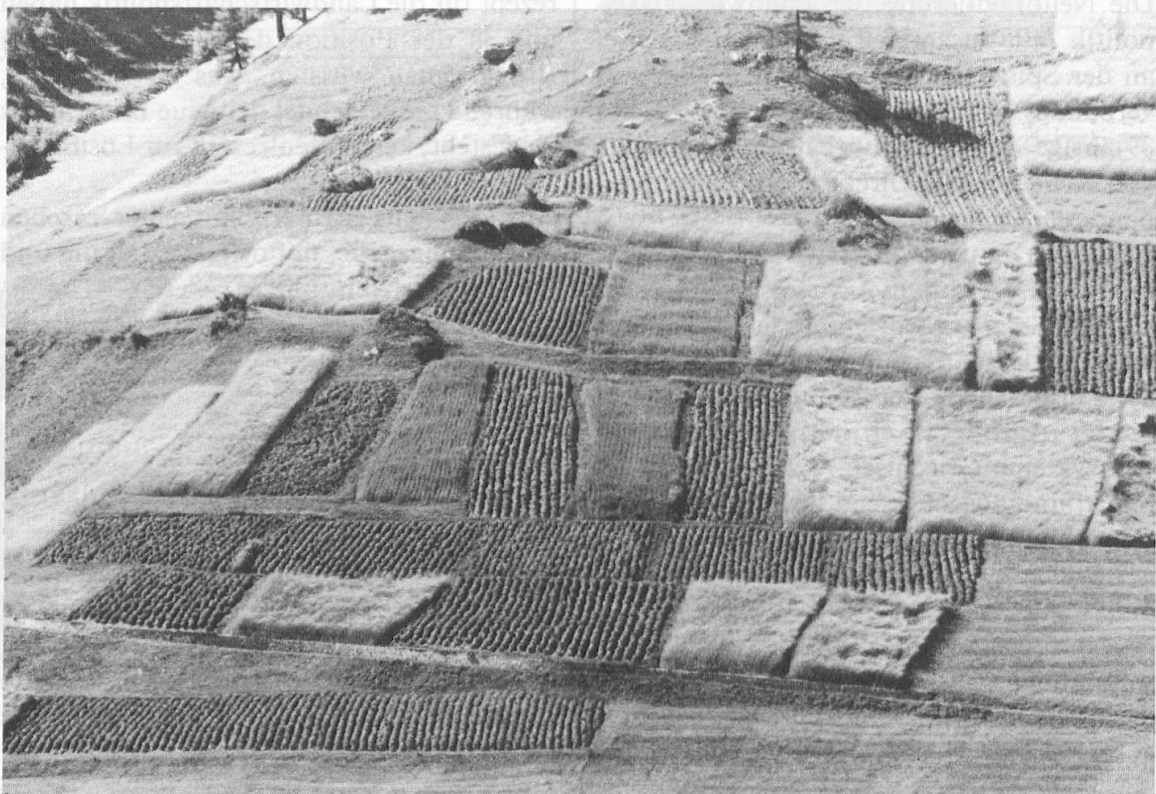
Dem Durchschnitt unserer Bauern geht es gut, der Mehrheit (relativ) schlecht. So lautet ein Fazit von Erwin R. Müller, Redaktor des Wirtschaftsmagazins «Politik und Wirtschaft», der im vorliegenden Beitrag erklärt, was es mit Stichworten wie Milchschwemme, Butterberg, unzufriedenen Bauern und Tierfabriken auf sich hat.

Die Schweizer Bauern hatten sich in der Nachkriegszeit – vor allem im Vergleich zu ihren ausländischen Kollegen – selten über mangelndes Verständnis in der Bevölkerung zu beklagen. Um so herber war dann letztes Jahr im September die Enttäuschung, als die Stimmbürger erstmals wieder seit über 30 Jahren eine landwirtschaftliche Vorlage ablehnten. Kommentatoren aus allen Lagern waren sich einig: Die wuchtigen 61 Prozent Nein-Stimmen zum Zuckerbeschluss galten nicht dem Anbau von ein paar zusätz-

lichen Tonnen Zuckerrüben, sondern waren Ausdruck des aufgestauten Missmuts gegenüber der offiziellen Landwirtschaftspolitik.

Man war indessen schon vorgewarnt, beispielsweise durch das Aufsehen, das eine Äusserung von Ex-Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler verursacht hatte: Leutwiler rechnete vor, dass der Schutz der Schweizer Landwirtschaft indirekt jährlich fünf Milliarden Franken kostet. Soviel könnte man tatsächlich einsparen, wenn die Schweiz auf eine eigene Landwirtschaft komplett verzichten und alle Lebensmittel zu Weltmarktpreisen importieren würde.

Bergbauern bewirtschaften ihre Felder unter erschwerten Bedingungen. Unser Bild: Bei Ulrichen im Goms (VS).



In eine solche Auslandabhängigkeit bei der Ernährung will sich allerdings niemand im Ernst begeben. Doch sind auch die Gelder, die direkt in die Landwirtschaft fliessen – in Form von Subventionen (treffen den Steuerzahler) und Preiszuschlägen (treffen den Konsumenten) – noch hoch genug, etwa 2,5 Milliarden Franken.

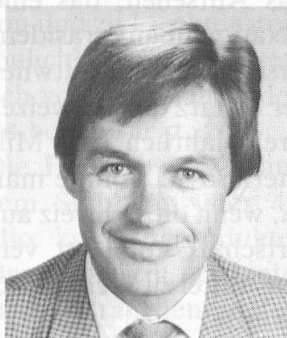
Unmut verursacht nun vor allem, dass ein Grossteil dieses Geldes durch die landwirtschaftliche Überproduktion aufgefressen wird. Allein die «Verwertung» der überschüssigen Milch, d.h. der Verkauf und Export (als Käse) unter dem Gestehungspreis, kostet jährlich fast eine Milliarde Franken.

«Paritätslohn» wird nicht erreicht

Unmut herrscht aber genauso auf seiten der Bauern. Im Landwirtschaftsgesetz von 1951 ist verbrieft, dass die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse guter Qualität die

mittleren Produktionskosten rationell geführter Betriebe decken sollen. Zur Berechnung dieser Produktionskosten wird das Lohnniveau von Facharbeitern in der Industrie eingesetzt.

Daraus ergibt sich, dass der Bauer 1986 einen «paritätischen Lohnanspruch» von 162 Franken pro Arbeitstag gehabt hätte. Tatsächlich haben aber die Landwirte im Talgebiet nur 128 Franken und die Bergbauern gar nur 84 Franken pro Arbeitstag verdient. Die Schweizer Bauern haben somit, wie der Bauernverband schätzt, etwa 500 Millionen Franken zu wenig verdient. Im Jahr 1987 wird das Einkommensmanko bestimmt nicht geringer ausfallen. Der Bundesrat kann indessen nicht, wie es das Gesetz vorsieht, die Preise anheben. Denn höhere Preise (erforderlich wären mindestens 20 Prozent) sind auf dem Markt nicht mehr realisierbar. Die Überschüsse würden noch grösser und noch teurer.



Melchior Ehrler

Die Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik fällt zusammen mit einem Wechsel an der Spitze des Schweizerischen Bauernverbandes: Am 1. Juli dieses Jahres trat der 39jährige Melchior Ehrler die Nachfolge von René Juri als Direktor des Bauernverbandes in Brugg an.

Für einen Bauernführer wirkt Ehrler eher untypisch. Er kommt nicht aus einer gut bestellten Grossbauernfamilie; sein Vater hatte einen kleinen Pachtbetrieb in der Bergzone II in Ibach. Ehrler ist auch nicht ein studierter Agronom; er hat am Kollegium Schwyz eine Griechisch-/Latein-Matur gemacht und anschliessend im belgischen Löwen Philosophie studiert. In Zürich erwarb er danach sein zweites Lizentiat in Jurisprudenz.

Ehrler zitiert Sokrates (nicht an Bauernversammlungen), er hat sich mit Logik und mit der Erkenntnistheorie Poppers beschäftigt, er ist fasziniert von der Sprachphilosophie

Wittgensteins, von der Freudschen Psychoanalyse und ist angetan von Kant, Kierkegaard und Sartre. Das führe ihn, meint Ehrler, automatisch zu anderen Haltungen in der Agrarpolitik. Als philosophisch Gebildeter hat er aber nicht die Meinung, er «müsse in der Agrarpolitik letzte Wahrheiten verkaufen».

So ergibt sich nun die paradoxe Situation, dass Tausende von Experten das Patentrezept für die Landwirtschaftspolitik haben und in der Position des Bauernbosses in Brugg genau wüssten, was zu tun wäre, während ausgerechnet der neue Bauernboss eingesteht, kein Patentrezept zur Lösung aller Probleme zu haben.

Als «schneller Brüter» mit einer raschen Auffassungsgabe, mit offener Haltung und breitem Horizont fühlt er sich seiner Hauptaufgabe jedoch gewachsen: Als Interessenvertreter von 120 000 Schweizer Bauern muss er Einzel-, Gruppen- und Verbandsinteressen transparent machen, zu einem gemeinsamen Interesse bündeln und dann die Beteiligten in eine einheitliche Marschformation integrieren.

Dabei wird Melchior Ehrler zustatten kommen, dass er als Schüler frühmorgens im Stall ausmistete und bei Heuwetter mit der Gabel an steilen Bördern kletterte: «Heute erschrecke ich nicht gleich, wenn es Arbeit gibt.»

E.M.

In dieses Dilemma ist man geraten, weil bis in die jüngste Zeit als unverrückbares Dogma der schweizerischen Agrarpolitik galt: Die Bauern sollen grundsätzlich ihr Einkommen aus dem Verkauf ihrer Produkte erzielen, also über kostendeckende Preise. Gleichzeitig sollte die Preisentwicklung aber auch den Markt steuern. Bei praktisch garantierten Preisen produzierten die Bauern natürlich so viel wie möglich. So wuchs die Produktion immer mehr, dank besserer Schulung, dank dem wissenschaftlichen Fortschritt in der Züchtung von ertragreicheren Pflanzen und leistungsfähigeren Tieren, dank modernen Maschinen, Pflanzenschutzmitteln und Kunstdüngern.

Wohin mit den Überschüssen?

Die Agrarlenker versuchten das Überschussproblem durch administrative Mengenbeschränkungen zu lösen: 1977 wurde die Milchkontingentierung eingeführt und seither laufend verschärft. In der Folge produzierten aber die Bauern mehr Fleisch, bis auch hier der Markt die angelieferten Mengen nicht mehr schluckte. Eine Stallbaubewilligungspflicht, später gar ein Stallbauverbot, eine Begrenzung der Höchsttierbestände, die Ausbezahlung von über 100 Millionen Franken «Stillungsprämien» für Grossproduzenten, die so zum freiwilligen Verzicht animiert wurden – all dies sollte den Fleiss der Bauern bremsen. Es half wenig.

Auch innerhalb des Bauernstandes erwuchs dieser Politik Opposition. Bei so vielen Einschränkungen und Vorschriften ist der Bauer kein freier Unternehmer mehr. Seit die Preise nicht mehr an die Produktionskostenentwicklung angepasst werden können, reichen sie nicht mehr zur Sicherung des Einkommens. Zudem mussten kleine und mittlere Bauern feststellen, dass ihnen Preiserhöhungen ohnehin nicht helfen können.

Als Massstab für die Einkommenspolitik gilt nämlich der «Durchschnittsbauer». Die durchschnittliche Betriebsfläche jener 3200 Bauernbetriebe, die mit ihrer Buchhaltung die Grundlage für die Paritätslohnberechnung und damit für die Preisgestaltung liefern, liegt bei über 18 Hektaren.

Aber der Durchschnitt ist nicht die Mehrheit: Drei Viertel aller hauptberuflichen Bauern bewirtschaften weniger als 18 Hektaren, fast jeder dritte sogar weniger als 10

Hektaren. Lineare Preiserhöhungen dienen deshalb vorab den grossen, die viel produzieren und deren Produktionskosten oft ohnehin schon gedeckt sind. Drei Viertel der Bauern aber verdienen nach der Preiserhöhung relativ schlechter als im Vorjahr. Nach wie vor müssen immer noch an die 2000 Landwirte jährlich ihr Gewerbe wegen ungenügendem Einkommen aufgeben. Und das sind keineswegs nur die Untüchtigen.

Diese Agrarpolitik ist Ausfluss der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit. Man verlangte, dass auf dem Landwirtschaftsbetrieb die Arbeitsproduktivität im selben Mass gesteigert werde wie im Industrie- und Dienstleistungssektor. Als Argument dient oft, dass im Ausland die Bauern viel billiger und rationeller produzieren. Aber in der Schweiz sind die natürlichen Produktionsbedingungen (Klima und Topographie) ungünstiger, und der Boden und die Arbeitskräfte sind knapper und teurer als in anderen Ländern.

Trotzdem sind die Nahrungsmittel heute im Verhältnis zur Kaufkraft der Konsumenten viel billiger als vor 40 Jahren: Ein Ei kostet noch praktisch gleichviel wie damals. Der Bauer erhielt 1947 für ein Kilo Schweinefleisch 3.86 Franken – im Januar 1987 4.00 Franken. Der Arbeiter musste für den Ladenverkaufspreis vor 40 Jahren drei Stunden arbeiten, heute verdient er ihn in weniger als einer Stunde.

Genau gegenteilig entwickelte sich die Kaufkraft der Bauernarbeit: Um 1947 ein Kilo Kaffee zu kaufen, musste der Landwirt 5,8 Kilo Weizen oder 9,5 Liter Milch verkaufen; heute kostet es ihn 11 Kilo Weizen oder 14 Liter Milch.

Der Landwirt zahlt auch immer mehr für seine Produktionsmittel, für Maschinen, Traktoren, für Treibstoff, Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel, Versicherungen, Um- oder Neubauten und für Angestelltenlöhne, aber relativ dazu erhält er für seine Produkte immer schlechtere Preise: Die Produktionsmittel kosten heute 3,8mal mehr als vor 40 Jahren – für die Produkte seiner Arbeit löst er aber nur zweimal mehr.

Fortsetzung in der nächsten Nummer:

... **Ausweg: Immer mehr**

... **Umweltschäden**

... **Mit Direktzahlungen aus dem Dilemma?**